

Benazir Bhutto gewinnt Wahlen

von Jorge Scholz



Benazir Bhutto hat gewonnen, aber nicht gesiegt. Mit diesem Paradoxon könnte man das vorläufige Ergebnis der pakistanischen Parlamentswahlen vom 6. Oktober zusammenfassen. Nach ersten Berichten waren es die fairsten in der Geschichte des Landes, obwohl Benazir Bhutto behauptete, tausende ihrer Anhänger seien an den Wahlurnen abgewiesen worden. Nach der Auszählung von 201 Wahlkreisen von insgesamt 217 (Stand: 8. Oktober) stellt die Partei der bisherigen Oppositionsführerin, die 'Pakistan Peoples Party' (PPP) in der neuen Nationalversammlung mit 86 Abgeordneten die stärkste Fraktion. Gegenüber den Wahlen vom 24. Oktober 1990 konnte die PPP damit die Zahl ihrer Sitze nahezu verdoppeln. Dennoch zeigte Bhutto in ersten Reaktionen auf das Ergebnis nur verhaltene Freude, da das angestrebte Ziel einer absoluten Mehrheit klar verfehlt wurde.

Ihr schärfster Kontrahent, Ex-Premier Nawaz Sharif, kam mit seinem Flügel der inzwischen gespaltenen 'Pakistan Muslim League' (PML Nawaz) auf überraschende 72 Mandate. Die PML-Dissidenten, die nach dem Bruch mit der Mutterpartei unter dem Namen PML (Junejo) mit eigenen Kandidaten angetreten waren, werden mit sechs Abgeordneten die drittstärkste Gruppierung im Parlament stellen.

Parteiführer Hamid Nasir Chatta, der

als Minister für Entwicklung und Planung im Kabinett Sharif's maßgeblich am Sturz seines Regierungschefs beteiligt war, kündigte ein Koalitionsbündnis mit der PPP an. Die sechs Stimmen allein reichen Benazir Bhutto jedoch nicht, um eine tragfähige Regierungsmehrheit bilden zu können. Bis zum 19. Oktober, wenn das neue Parlament den oder die neue(n) Premierminister/in wählt, müssen sich also Bhutto und Sharif in Verhandlungen mit den

vielen kleinen Parteien um weitere Koalitionspartner bemühen. Wie schwierig und wie ungewiß der Ausgang diese Unterfangens ist, zeigt die Tatsache, daß fünf Parteien mit jeweils nur einem Abgeordneten in der Nationalversammlung vertreten sein werden. Sechs weitere Parteien entsenden Minifraktionen von zwei bis vier Parlamentariern ins Hohe Haus. Dazu kommen noch 15 Unabhängige, die in abgelegenen Wahlkreisen in den Stammesgebieten den Urnengang für

sich entscheiden konnten.

Beide Aspiranten auf das Regierungssamt hoffen zudem auf Unterstützung aus dem Lager der parlamentarischen Vertreter der religiösen Minderheiten, für die im Parlament zehn Sitze vorbehalten sind. Die Vergabe dieser Mandate für Hindus, Christen und Ahmadis findet traditionell später statt. In fünf regulären Wahlkreisen mußte die Abstimmung wegen des Todes eines Kandidaten verschoben werden. In einem weiteren Wahlkreis hielt die Wahlkommission das Ergebnis wegen eines Rechtsstreits zurück.

Wie auch immer der Pferdehandel hinter den Kulissen ausgeht: Es bleibt festzuhalten, daß auch die Neuwahlen nicht für stabile politische Verhältnisse in Pakistan gesorgt haben. Auch wenn es sehr wahrscheinlich ist, daß Benazir Bhutto aufgrund ihrer besseren Ausgangslage eine ausreichende Mehrheit in ihr Lager ziehen kann, muß dieses Zweckbündnis naturgemäß brüchig bleiben.

Schon die erste Regierungskrise könnte erste Partner zur Fahnenflucht ins gegnerische Lager veranlassen, worum sich die Opposition nach Kräften bemühen wird. Allerdings hat der amtierende Staatspräsident Wasim Sajjad am Vorabend der jüngsten Wahlen sozusagen in letzter Minute ein Dekret erlassen, wonach für das neue Parlament Fraktionswechsel grundsätzlich verboten sind. Etliche prominente Politiker gelten geradezu als Spezialisten in dieser Disziplin. Diese keineswegs ehrenrührige Unsitte gilt als eine der Hauptursachen für die chronische Instabilität der jungen Demokratie, die innerhalb von fünf Jahren bereits die dritten Wahlen erlebte.

Eine Koalition der beiden größten Parteien ist zumindest vorläufig auszuschließen: So bezeichnete Benazir Bhutto Nawaz Sharif im Wahlkampf wiederholt als 'Ratte'; ihr Kontrahent wehrte sich rhetorisch mit dem Versprechen, sie bei Gelegenheit 'zu ersäufen'. Ein breites Bündnis, das zusammengerechnet eine Zweidrittelmehrheit ergibt, wäre jedoch Voraussetzung für tiefgreifende und dringend gebotene Verfassungsänderungen, die gleichermaßen im Interesse von Bhutto und Sharif sein müßten. Dabei geht es um diverse Verfassungsartikel, die Diktator Zia-ul-Haq während seines Regimes in das pakistanische Grundgesetz einrücken ließ, und die nach wie vor geltendes Recht sind. Diese Bestimmungen gewähren dem Präsidenten nahezu absolutistische Vollmachten, die jederzeit die Arbeit der Regierung und des Parlaments konterkarieren können.

So kann das Staatsoberhaupt die Nationalversammlung und die Provinzparlamente nach Belieben auflösen, ge-

wählte Regierungen absetzen und Dekrete mit Gesetzeskraft erlassen. Dies sind Praktiken, mit denen sowohl Bhutto als auch Sharif in ihren vorzeitig beendeten Legislaturperioden schmerzliche Erfahrungen sammeln mußten. Es wird sich zeigen, ob die Beiden langfristig ihre momentane Feindschaft mit klugem Kalkül zum beiderseitigen Nutzen in eine politische Vernunfttete umwandeln können.

Da Sharif nicht mehr von früheren radikalen Koalitionspartnern wie den Islamisten von der 'Jamaat-e-Islami', die mit ihrem Wahlbündnis 'Pakistan Islamic Front' (PIF) mit nur drei Sitzen kläglich unterging, in seinem programmatischen Spielraum eingeengt wird, ergeben sich auch in der Innen- und Wirtschaftspolitik zwischen PPP und PML Gemeinsamkeiten. Ein gegeneinander gerichtetes Patt der beiden großen Parteien lähmt dagegen nur das Parlament als demokratische Institution, blockiert die Arbeit der Regierung und beraubt beide Parteien um den nun durch die Wahlen legitimierten Einfluß.

Ein solches Szenario würde keinen Ausweg aus der massiven Krise dieses Jahres bieten. Die Alternative, die nach dem Wahlergebnis wohl auch weiterhin wie ein Damoklesschwert über Pakistan schwebt, wäre eine Machtübernahme durch die Armee oder - wahrscheinlicher - die Installierung einer Zivilregierung nach dem Vorbild der Qureshi-Administration, die mit Rückendeckung der Militärs mit Ausnahmegesetzen die Regierungsgeschäfte übernimmt.

Verfechter der Demokratie muß auch nachdenklich stimmen, daß von den 53 Millionen Wahlberechtigten nach offiziellen Angaben der Wahlkommission im landesweiten Schnitt nur 40,85 Prozent Gebrauch machten. In der bevölkerungsreichsten Provinz Punjab waren es zwar immerhin 48,3 Prozent, aber in der NWFP (34,5 %), im Sindh (27,5 %) und in Balutschistan (23,9 %) sackte die Quote in beispiellose Tiefen. Die ständigen Skandale, Intrigen und Machtwechsel in Islamabad haben offensichtlich auch in Pakistan in der Bevölkerung Politikverdrossenheit ausgelöst. Im Sindh kommt noch hinzu, daß die 'Mohajir Quami Movement' (MQM), die 1990 in dieser Provinz 15 Sitze holte, wenige Tage vor der Wahl mit dem Hinweis auf Diskriminierungen durch die Wahlkommission alle Kandidaten zurückzog und ihre Anhänger zum Boykott aufrief.

Der Blick auf das Wahlergebnis legt zudem nahe, daß das schlechte Abschneiden der beiden nationalen Volksparteien PPP und PML in den Provinzen NWFP (North-West Frontier Province) und Balutschistan bei gleichzeitigen Gewinnen kleiner separatistischer Parteien ethnischer Minderheiten wie der

'Pakhtunkhwa Milli Awami Party' (PMAP) und der 'Balochistan National Movement' (BNM) auf wachsenden Unmut gegenüber dem von Punjabis dominierten pakistanischen Nationalstaat zurückzuführen ist.

Bemerkenswert ist, daß sich keine der betont traditionalistischen islamischen Parteien durchsetzen konnte, obwohl viele Beobachter diesem Spektrum einen Achtungserfolg zugetraut hatten. Eine Partei wie die 'Jamiat-i-Ulema-i-Islam' (JUI), die 1990 immerhin mit sechs Abgeordneten ins Parlament einziehen konnte, mußte sich sogar ganz von der Nationalversammlung verabschieden. Die führenden Köpfe der Islamisten wie Maulana Noorani und Qazi Hussain Ahmed, Chef der straff organisierten 'Jamaat-e-Islami' fehlen ebenfalls im neuen Parlament, da sie in ihren Wahlkreisen Niederlagen einstecken mußten. Erklärend muß hier hinzugefügt werden, daß in Pakistan wie in England nach dem Prinzip des Mehrheitswahlrecht gewählt wird: Der Kandidat, der im jeweiligen Wahlkreis eine relative Mehrheit im Vergleich zu den Konkurrenten erzielt, gewinnt den zu vergebenden Parlamentssitz. Absichernde Listenplätze der Parteien für die personelle Führungsriege wie in Demokratien mit Verhältniswahlrecht gibt es in Pakistan nicht.

Nach dem selben Verfahren wurden am 9. Oktober die Länderparlamente in den Provinzen gewählt, die zeitgleich mit der Nationalversammlung am 18. Juli aufgelöst wurden. Da Pakistan - ähnlich wie Deutschland - bundesstaatlich-föderale Strukturen besitzt, ist das Ergebnis auch für die zukünftige pakistanische Bundesregierung von eminent wichtiger Bedeutung. Es ist praktisch unmöglich, von Islamabad aus gegen mehrheitlich 'feindliche' Provinzen erfolgreiche Regierungspolitik zu betreiben. Dies war ein gewichtiger Faktor für das Scheitern Bhuttos während ihrer ersten Amtszeit. Eine Schlüsselstellung kommt dabei dem dichtbesiedelten Punjab zu, wo mehr als 60 Prozent der pakistanischen Gesamtbevölkerung leben. Das Ergebnis der Nationalparlamentswahlen versprechen ein spannendes Kopf-an-Kopf-Rennen. Nawaz Sharif holte hier mit seiner PML 52 Sitze; die PPP zusammen mit ihren Verbündeten von der PML(J) 53 Sitze. Wenn nicht alles täuscht, werden am 9. Oktober im Punjab die Würfel in der Frage fallen, wer Pakistan in der nächsten Zeit formal regieren darf. Präsident Wasim Sajjad wird das Ergebnis genau studieren, bevor er zehn Tage später einen der beiden ehemaligen Regierungschefs erneut mit der Bildung einer Regierung beauftragt und somit Bhutto oder Sharif zu einem Comeback verhilft.